

Nein zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Argumentarium der FDP.Die Liberalen

1. Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» – um was geht es?

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt», auch Konzern- oder Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (KoVI / UVI) genannt, will Menschen und Umwelt in Entwicklungsländern besser schützen.

Entsprechend fordert die Initiative zusätzliche Schweizer Haftungsbestimmungen für Unternehmen, die international anerkannte Menschenrechte und internationale Umweltstandards verletzen. Unternehmen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz werden verpflichtet, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Über das Ergebnis dieser Prüfung muss Bericht erstattet werden. Verletzt ein Schweizer Unternehmen Menschenrechte oder Umweltstandards, muss es für den Schaden aufkommen. Es haftet auch, wenn dieser durch eine Tochtergesellschaft oder von einem Unternehmen verursacht wird, die es wirtschaftlich kontrolliert, ohne direkt am operativen Geschäft beteiligt zu sein. In der Konsequenz haften Firmen jeder Grösse auch für Vergehen ihrer Zulieferer und damit für ihre gesamte Lieferkette. Kann ein Unternehmen nicht nachweisen, dass es seine Geschäftspartner lückenlos überwacht hat, haftet es ohne eigenes Verschulden für das Vergehen des anderen (Umkehr der Beweislast).

Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet. Dies Gesetz nimmt das berechtigte Grundanliegen der Initiative auf. Statt eines nationalen Alleingangs setzt es aber auf ein international koordiniertes Vorgehen. Der Gegenvorschlag schafft, im Einklang mit EU-Regulierungen, das modernste und im Moment weltweit schärfste Gesetz zur Verantwortung der Unternehmen. Es beinhaltet Berichterstattungspflichten bei Themen wie Umweltschutz, Arbeitnehmerschutz, Menschenrechte, Korruption und sozialen Fragen sowie spezielle Sorgfaltsprüfungspflichten bei Konfliktmineralien und Kinderarbeit, Bussen und Strafbestimmungen. Ein solches, international koordiniertes Vorgehen verhindert Wettbewerbsnachteile für den Standort Schweiz und eine unverhältnismässige Benachteiligung von Schweizer Unternehmen. Selbstverständlich haften sodann Tochterfirmen für ihr eigenes Handeln weiterhin direkt vor Ort im jeweiligen Land.

Bundesrat, wie auch National- und Ständerat empfehlen die Volksinitiative «für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» zur Ablehnung.

2. Warum Nein zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative?

› UVI betrifft international tätige Konzerne und KMU gleichermaßen

Im Gegensatz zur Behauptung der Initianten sind nicht nur international tätige Konzerne, sondern alle Schweizer Unternehmen betroffen. Auch KMU haften ohne Ausnahme für wichtige Lieferanten. Gravierend ist der Dominoeffekt, den die Initiative auslöst: Eine Firma muss im Zweifelsfall beweisen, dass sie alle Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette lückenlos überwacht. Entsprechend wird sie sich absichern und eigene Überwachungspflichten und Haftungsrisiken über Verträge an seine Geschäftspartner weitergeben. Gewerbe und Industrie

droht damit ein juristisches Schwarz-Peter-Spiel. Die Folgen sind unendlicher Papierkram, mehr Überwachung, wachsendes gegenseitiges Misstrauen und hohe Rechts- und Versicherungskosten.

› **Kein Hochrisikoexperiment in Zeiten von Corona**

Die Initiative belastet unsere von Corona gebeutelten Unternehmen mit übermässiger Bürokratie und schwächt sie im internationalen Wettbewerb. Die von den Initianten geforderten Überwachungs- und Kontrollpflichten führen zu deutlich mehr Aufwand und sind für mittlere und kleine Unternehmen kaum umsetzbar. Die Überwachung der gesamten Lieferkette bis zum Rohstoff jedes Einzelteils ist enorm aufwändig und kostet sehr viel Geld. Diese zusätzlichen Arbeitsstunden und Absicherungen führen zu höheren Preisen – zum Beispiel von Lebensmitteln. Zudem werden gewisse Produkte in der Schweiz gar nicht mehr erhältlich sein, weil die Risiken durch den Import zu hoch sind. Dieser internationale Alleingang schadet unserem Land erheblich. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten können wir uns solche Hochrisikoexperimente nicht leisten.

› **Mit dem indirekten Gegenvorschlag verantwortungsvoll ans Ziel**

Schweizer Unternehmen stehen im In- und Ausland zu ihrer Verantwortung und sind wegen ihrer vorbildlichen Art weltweit hochwillkommene Investoren. Trotzdem passieren Verfehlungen, die geahndet werden müssen. Dazu gibt es bereits heute klare Bestimmungen, die auch immer wieder zu Verurteilungen von Unternehmen führen. Der beschlossene Gegenvorschlag verschärft und präzisiert die Pflichten der Unternehmen in der Lieferkette weiter und sieht Bussen und Strafen vor. Damit ist der Gegenvorschlag klar die bessere Alternative zur radikalen UVI. Er tritt aber nur bei einem Nein zur Initiative in Kraft. Dabei nimmt er die Unternehmen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig mit dem internationalen Recht abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Das Parlament und die FDP-Liberale Fraktion haben die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» abgelehnt:

- Der Nationalrat mit 98 zu 88 Stimmen Nein bei 12 Enthaltungen – die FDP mit 26 zu 1 Stimme,
- der Ständerat mit 28 zu 14 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen – die FDP einstimmig

3. Fazit

Die FDP lehnt die extreme Volksinitiative ab. Die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz. Ein solches Hochrisikoexperiment ist in Zeiten von Corona nicht verantwortbar. Bei einem Nein zur Initiative tritt der Gegenvorschlag in Kraft, dem die FDP zugestimmt hat.

Die FDP lehnt die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative, weil

- › ...sie für allen Schweizer Unternehmen die weltweit strengsten Haftungsregeln aufzwingt.
- › ...das Hochrisikoexperiment unserem Wirtschaftsstandort Corona-Zeiten unnötig schadet.
- › ...nur der Gegenvorschlag wirklich zum Ziel führt.